

Aide-Mémoire aus Anlass des Gespräches
mit Außenminister Johann Wadephul am 19. November 2025

Länderthema: Honduras
Organisationen: FIAN Deutschland, Misereor, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung / Brot für die Welt, peace brigades international-Deutscher Zweig, Heinrich-Böll-Stiftung, FDCL, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit (in Zusammenarbeit mit Organisationen des Runden Tisches Zentralamerika).
Beschreibung der Menschenrechtsproblematik
In der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit, die im Januar 2026 endet, hat die honduranische Regierung keine wesentlichen Fortschritte im Bereich der Menschenrechte erzielt. Strukturelle Probleme wie systemische Korruption, fehlende Unabhängigkeit der Justiz, hohe Gewaltraten sowie Angriffe und Verfolgung von Menschenrechts- und Umweltaktivist:innen bestehen weiterhin. Die ungleiche Verteilung von Land und natürlichen Ressourcen, insbesondere für Indigene und bäuerlichen Gemeinschaften, sowie die Auswirkungen von Umweltzerstörung und Klimawandel sind ebenfalls anhaltende Probleme. Am 30. November finden in Honduras Wahlen der Legislative, Exekutive sowie auf Kommunalebene statt. Während des Vorwahlprozesses wurden Unregelmäßigkeiten festgestellt, und es kam zu einer Zunahme der Gewalt. Im November wird die Menschenrechtslage vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im UPR-Verfahren überprüft.
Situation der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
Das anhaltende Ausmaß an Ungleichheit und Armut stellt eine direkte Bedrohung für die Menschenrechte dar. Laut des OHCHR leidet 43% der honduranischen Bevölkerung an Ernährungsunsicherheit, und die Zahlen der Armut (63%) und der extremen Armut (40%) sind weiterhin besorgniserregend. Besonders betroffen sind die ländliche Bevölkerung und Indigene Völker. Obwohl die Mordrate um 9% gesunken ist, gilt Honduras mit 25,3 Morden pro 100.000 Einwohner:innen als das gewalttätigste Land in Zentralamerika (OHCHR, 2024).. Trotz Fortschritten bei den Verhandlungen mit den VN sowie der fünfmaligen Verlängerung der gemeinsamen Absichtserklärung, ist die Internationale Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit immer noch nicht eingesetzt. Allen voran dem noch amtierenden Nationalkongress ist es nicht gelungen, notwendige Reformen anzustoßen, um die von der Bevölkerung jahrelang geforderte Kommission einzusetzen.
Konflikte um Land und natürlichen Ressourcen
In Honduras gehört fast die Hälfte des fruchtbaren Bodens Großgrundbesitzer:innen und großen Industriebetrieben, darunter Unternehmen aus dem Tourismussektor, dem Bergbau und der Agrarwirtschaft. Kleinbäuerliche und Indigene Produzent:innen hingegen bewirtschaften nur 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Ungleicher Zugang zu Land und natürlichen Ressourcen ist eine der Hauptursachen für Ungleichheit und soziale Konflikte. Der historische Konflikt im Bajo Aguán dauert an. Die Einrichtung der Kommission, die sich aus den 2022 mit der Agrarplattform und der Koordinierungsstelle der Volksorganisationen von Aguán unterzeichneten Vereinbarungen ergibt, hängt von der noch nicht erfolgten Unterschrift der Präsidentin ab. Im Jahr 2024 registrierte das OHCHR 34 Fälle von Landkonflikten sowie 22 Vertreibungen, bei denen grundlegende internationale Prinzipien nicht eingehalten wurden. Die im Jahr 2024 gegründete Hochrangige sektorübergreifende Kommission für die Umsetzung internationaler Urteile CIANCI hat sich als unwirksam erwiesen, um die Ungerechtigkeiten, unter denen die Garifuna-Gemeinschaften Triunfo de la Cruz, Punta Piedra y San Juan gelitten haben, wiedergutzumachen und ihre territorialen und kulturellen Rechte zu gewährleisten.
Klimakrise und Umweltzerstörung
Laut dem Klimarisikoindex gehört Honduras zu den anfälligsten Ländern der Welt für extreme Wetterereignisse wie Hurrikane und Dürren. Im November 2024 betraf der Tropensturm Sara mehr als 300.000 Menschen. Zu den Auswirkungen zählen insbesondere der mangelnde Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen, zu Nahrungsmitteln und Unterkünften. Mehr als 85.000 Menschen wurden vertrieben. Weitere Folgen des Klimawandels sind im Trockenkorridor und in den Küstenregionen zu spüren, wo es zu weitreichender Ernährungsunsicherheit kommt. Die Agrar- und die Bergbauindustrie, die für die Verschmutzung von Böden und Gewässern mit Pestiziden und giftigen Abfällen sowie für die Abholzung von Wäldern und Mangroven verantwortlich ist, verschärft die Lage zusätzlich. Viele Menschen sind aufgrund dieser Situation zur Migration gezwungen, trotz der Zunahme der Abschiebungen aus den USA. Weder die staatliche Politik noch die Gesetzgebung für den Umweltschutz wurden wirksam umgesetzt, wie die Fälle der Verschmutzung des Guapinol-Flusses oder des Carlos-Escaleras-Nationalparks zeigen.
Situation von Menschenrechtsverteidiger:innen (MRV) und Kriminalisierung
Honduras ist nach wie vor eines der gefährlichsten Länder der Welt für MRV. Trotz des nationalen Schutzmechanismus und der Sonderstaatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Aufklärung der Übergriffe auf MRV, haben die Angriffe im letzten Jahr weiterhin zugenommen und verbleiben laut der Nationalen

Menschenrechtskommission (CONADEH) in 95% der Fälle straflos. Laut OHCHR wurden 2024 284 Übergriffe gegen 319 Personen registriert. Sieben Menschen wurden ermordet, davon fünf Landrechts- und Umweltverteidiger:innen, ein LGBTQI+ Rechte-Verteidiger und ein Journalist. Landrechts- und Umweltverteidiger:innen sind nach wie vor besonders gefährdet. Mehrere der registrierten Morde an MRV stehen im Zusammenhang mit Wirtschaftsprojekten im Nationalpark Montaña de Botaderos Carlos Escaleras sowie in unmittelbarer Nähe des Guapinol-Flusses und ereigneten sich im Kontext von Agrarkonflikten im Bajo Aguán. Am 14. September 2024 wurde der Umweltschützer Juan López ermordet, obwohl die Interamerikanische Menschenrechtskommission dem honduranischen Staat im Oktober 2023 Schutzmaßnahmen für ihn anordnete. Der Fall ist von Unregelmäßigkeiten bei dem Verfahren und der Ermittlung geprägt. Der honduranische Schutzmechanismus für MRV und Journalist:innen steht weiterhin vor großen Herausforderungen. Fehlende finanzielle sowie personelle Ressourcen, die unzureichende und oftmals verzögerte Umsetzung von Schutzmaßnahmen und die Abwesenheit differenzierter Schutzmaßnahmen für Frauen, LGBTQIA+ Vertreter:innen und Indigenen Gemeinschaften beeinträchtigen einen effektiven Schutz. Darüber hinaus werden weiterhin ungenügend Präventionsmaßnahmen ergriffen, die die strukturellen Gewaltursachen anerkennen und bekämpfen.

Militarisierung der Sicherheitspolitik

Seit dem 6. Dezember 2022 befinden sich 226 Munizipien, etwa die Hälfte des Landes, im immer wiederverlängerten Ausnahmezustand, mit der daraus folgenden Aussetzung von Grundrechten. Die Begründung dafür ist, kriminelle Gruppen zu bekämpfen. Seit diesem Erlass wurden die öffentliche Sicherheit sowie das Strafvollzugssystem militarisiert. Die Regierung kündigte außerdempressive Maßnahmen gegen soziale Proteste an, wie beispielsweise die Anfertigung von Fotoaufnahmen und die Einleitung von Strafverfahren gegen Demonstrierende, was bei den Vereinten Nationen Besorgnis ausgelöst hat.

Konkrete Anfragen bzw. Empfehlungen an die Bundesregierung:

Wir bitten die Bundesregierung

- den im Hinblick auf die im November 2025 stattfindenden Wahlen angekündigten Einsatz der EU-Wahlbeobachtungsmission (EU EOM) politisch und finanziell zu unterstützen und die honduranische Regierung aufzufordern, Transparenz und die Partizipation aller Bevölkerungsgruppen an den Wahlen sicherzustellen;
- Besorgnis über die permanente Verlängerung des Ausnahmezustandes auszudrücken und auf die Achtung vor den internationalen Standards hinzuweisen;
- den Prozess zur Einrichtung einer Untersuchungskommission gegen Korruption und Straflosigkeit in Honduras weiterhin zu unterstützen;
- die Umsetzung einer vollständigen und geschlechtergerechten Agrarreform zu unterstützen und die honduranische Regierung aufzufordern, entsprechende internationale Standards, darunter die UN-Erklärung über die Rechte von Bäuer:innen (UNDROP), umzusetzen;
- sich für die Anerkennung und Unterstützung der Arbeit von MRV und Journalist:innen, insbesondere von Landrechts- und Umweltverteidiger:innen, einzusetzen sowie die Ratifizierung des Escazú-Abkommens zu unterstützen. Anknüpfend an Deutschlands Empfehlung im Rahmen des UPR-Verfahrens 2020 sollte sich die Bundesregierung für eine Stärkung des Schutzmechanismus für MRV und Journalist:innen sowie eine schnelle und effektive Aufklärung der Übergriffe einsetzen und entsprechende Empfehlungen auch im Rahmen des diesjährigen UPR-Verfahrens aufgreifen;
- die Kapazitäten eigener Schutzprogramme (z.B. ESI, HAI) zu stärken und sich für die Bekanntmachung der zur Verfügung stehenden Mittel über die deutsche Botschaft vor Ort einzusetzen;
- die Regierung Honduras auf die vollumfängliche Anwendung der ILO-Konvention 169 zum Schutz der Rechte Indigener Völker hinzuweisen, insbesondere auf die Verpflichtung zur Durchführung freier, vorheriger und informierter Konsultationen im Einklang mit der UN-Erklärung über die Rechte der Indigenen Völker;
- die Einhaltung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten durch deutsche Unternehmen sicherzustellen. Dafür ist es unentbehrlich, dass die Sorgfaltspflichten entlang der gesamten Wertschöpfungskette rechtsverbindlich bleiben;
- die Einhaltung der UN-Leitprinzipien für Ermittlung und Suche nach gewaltsam verschwundenen Personen zu thematisieren. Dabei besonders auf die staatliche Verpflichtung hinzuweisen, die Fälle der vier Garífuna in Triunfo de la Cruz (18. Juli 2020) und von Max Gil Mejía (12. April 2025) aufzuklären;
- die honduranische Regierung an die Stärkung der Rechte und Chancen der LGBTQIA+ Bevölkerung und ihren Schutz sowie an die staatliche Verpflichtung zur Umsetzung des Urteils des IAGMR im Fall Vicky Hernández zu erinnern. Deutschland sollte sich für die Umsetzung wichtiger Initiativen der Zivilgesellschaft einsetzen, etwa den Entwurf für ein Gleichstellungsgesetz, die Reform des Personenregisters und Richtlinien zum Umgang mit LGBTQIA+ im Gesundheitssektors sowie in der Aufklärung von Übergriffen auf LGBTQIA+.